

Mair, Stefan

**Research Report**

## Simbabwe nach den Wahlen

SWP-Aktuell, No. 8/2002

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

*Suggested Citation:* Mair, Stefan (2002) : Simbabwe nach den Wahlen, SWP-Aktuell, No. 8/2002, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254365>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Simbabwe nach den Wahlen

Stefan Mair

**Simbabwe hat gewählt – oder besser: Robert Mugabe hat zu seinen Bedingungen »wählen« lassen und damit sichergestellt, daß es nur einen Sieger geben kann. Der Wahlsieg Mugabes läßt erwarten, daß die wirtschaftliche Talfahrt Simbabwes fort-dauert und die Regierung ihre Versuche intensivieren wird, die politische Opposition zu zerschlagen. Um so wichtiger ist es für die Gebergemeinschaft, ihren Druck auf das Regime aufrechtzuerhalten. Druckausübung wird aber nur wirksam sein, wenn sie von wichtigen afrikanischen Regierungen mitgetragen wird. Die Gebergemeinschaft sollte insbesondere gegenüber Südafrika und Nigeria verdeutlichen, daß eine von diesen Ländern geforderte neue Partnerschaft zwischen Afrika und Europa nur funktionieren kann, wenn Afrika die Verantwortung für die Umsetzung selbstgesteckter Ziele – Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte – annimmt.**

Robert Mugabe hat seine Wiederwahl mit einer Konsequenz und Vehemenz verfolgt, die einem Achtundsiebzigjährigen nur bedingt zuzutrauen war. Es kann kaum Zweifel darüber geben, daß die Manipulationen des simbabwischen Regimes letztendlich den Wahlausgang entscheidend beeinflußt haben. Seit Monaten hat sich die Regierung in den ländlichen Gebieten um eine effektive Unterdrückung jeglicher oppositioneller Regungen bemüht. Oppositionsanhänger wurden eingeschüchtert, verprügelt und getötet, Wahlveranstaltungen der Oppositionspartei Movement for Democratic Change (MDC) unterbunden, gestört oder aufgelöst. Regierungsunabhängigen Gruppen wurden die Schulung von Wählern und die Beobachtung des Wahlprozesses untersagt. Der Oppositions-

führer wurde mit einer Diffamierungskampagne überzogen, die in einer Anklage wegen Hochverrat gipfelte, weite Landstriche mit Hilfe der Kriegsveteranen und der regierungstreuen Jugendmilizen effektiv von der Außenwelt abgeschnitten. Kriegsveteranen und Milizen errichteten in den ländlichen Gebieten einen informellen Unterdrückungs- und Kontrollapparat, der die offizielle staatliche Verwaltung zur Kollaboration zwang oder entmachtete, wenn sie diese verweigerte.

Der Versuch, Mitte 2001 dieses Regime auf die Städte auszuweiten, scheiterte. Doch gelang es durch veraltete und manipulierte Wählerlisten, durch die Ausdünnung der Wahllokale in den städtischen Gebieten und durch die Verzögerung des Wahlaktes die Wahlbeteiligung dort weit

unter den Landesdurchschnitt zu senken. Sie lag in den regierungsloyalen, ländlichen Gebieten bei knapp über 80%, in den Städten bei circa 50%. Angesichts der Tatsache, daß die Unterstützung für die Opposition in den Städten besonders groß ist, war das Bemühen, die städtischen Wähler von der Wahl abzuhalten, für den Wahlausgang von zentraler Bedeutung.

### **Die Zukunft Simbabwes**

Was sind nun die Folgen des erzwungenen Wahlsiegs – national, regional und international? Es ist kaum zu erwarten, daß die Frustration über das Wahlergebnis zu massivem zivilem und/oder gewaltsamem Widerstand der Oppositionsanhänger führen wird. Mehrere Faktoren sprechen dagegen: erstens, die Scheu der Opposition, ihre Anhänger zu zivilem Ungehorsam zu mobilisieren, der wiederum dem Regime den Vorwand für massive, gewaltsame Repression liefern könnte. Erste Reaktionen der Oppositionsführung nach den Wahlen verdeutlichen, daß sie auch bei der Anfechtung der Wahlergebnisse entschlossen ist, auf rechtsstaatlichem Weg zu bleiben, den die Regierung selbst schon lange verlassen hat. Die Anrufung der Gerichte durch die MDC und das Warten auf deren Entscheidung werden den unmittelbaren, nach den Wahlen zu spürenden Widerstandswillen verpuffen lassen. Zweitens hat die Regierung mit der Entsendung von Einheiten der Armee in alle größeren Städte Simbabwes und mit dem massiven Polizeieinsatz vor und während der Wahlen keinen Zweifel aufkommen lassen, daß sie entschlossen ist, jeglichen zivilen Widerstand schnell und mit allen Mitteln zu brechen. Drittens hat die simbabwische Bevölkerung schon in den vergangenen 20 Jahren wiederholt erkennen lassen, daß sie sich im Zweifelsfall eher in politische Apathie flüchtet, als die offene Konfrontation mit der Regierung zu wagen. Die Erfahrung des langjährigen Bürgerkriegs mag entscheidend sein für die Entwicklung dieser Konfliktscheu.

Es ist also zu erwarten, daß das Regime Mugabe die nächsten kritischen Wochen überstehen wird. Es ist auch zu erwarten, daß es sich mit seinem Wahlsieg nicht zufrieden geben, sondern weitere Anstrengungen unternehmen wird, die Opposition zu zerschlagen. Ein Kernelement in dieser Strategie sind die Hochverratsanklagen gegen Oppositionsführer Morgan Tsvangirai und weitere führende Oppositionspolitiker. Der Druck auf Oppositionsanhänger in den ländlichen Gebieten wird kaum nachlassen, Kriegsveteranen und Jugendmilizen werden ihr System der totalen Kontrolle konsolidieren. Innerhalb der Opposition wird es sicherlich eine verschärfte Auseinandersetzung über die künftige Strategie geben. Bereits in der Vergangenheit gab es Forderungen, den Kampf mit der Regierung nicht in den Wahllokalen, sondern auf der Straße auszutragen und eine gewaltsame Eskalation in Kauf zu nehmen. Diese Stimmen werden angesichts der Tatsache, daß die Auseinandersetzung in den Wahllokalen in den nächsten drei Jahren nicht mehr zur Verfügung steht, lauter werden. Die Strategiediskussion birgt das Potential, die Oppositionspartei und auch die zivilgesellschaftlichen Gruppen zu spalten, die sich ohnehin durch große politische Heterogenität auszeichnen. Was sie bisher einte, war das Ziel, Mugabe abzulösen. Wenn dieses Ziel in weite Ferne rückt, dürften die zentrifugalen Kräfte an Dynamik gewinnen. Das war bereits in einer Reihe anderer afrikanischer Länder zu beobachten.

Auch wenn es Mugabe gelingt, die Opposition zu zerschlagen, war sein Wahlsieg doch ein Pyrrhussieg, der seinen Abschied von der Macht nur verzögert. Er wurde erkaufte mit dem totalen Niedergang der simbabwischen Wirtschaft, mit der Zerstörung der Beziehungen zur Gebergemeinschaft und mit der Errichtung von Unterdrückungs- und Kontrollstrukturen parallel zur staatlichen Verwaltung. All dies läßt sich nicht in absehbarer Zeit rückgängig machen. Die Besetzung der weißen Großfarmen wird die landwirtschaftliche Produktivität und das Exportpotential für die nächsten fünf bis

zehn Jahre deutlich absenken. Sogar die Nahrungsmittelsicherheit ist für mehrere Jahre in Frage gestellt. Mugabes Wahlsieg wird den Exodus der weißen Minderheit und der gut ausgebildeten schwarzen Simbabwer sowie die Kapitalflucht verstärken. Die Bemühungen der Regierung zur Restauration der staatlichen Kontrolle über die Wirtschaft werden nicht geeignet sein, Simbabwe auf einen Wachstumspfad zurückzuführen und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Geber werden ihre Entwicklungszusammenarbeit nicht im früheren Ausmaß wiederaufnehmen, die physische und in den vergangenen Jahren ohnehin bereits schwer beschädigte soziale Infrastruktur wird deshalb einen weiteren Niedergang erfahren. Kriegsveteranen und Jugendmilizen werden ihren Repressions- und Kontrollapparat verstärkt zur Selbstbereicherung und Plünderung ländlicher Gebiete benutzen. Jegliche staatliche und lokale Entwicklungsanstrengungen dürften dadurch entmutigt werden. Das Regime Mugabe wird über immer weniger Mittel verfügen, um politische Gefolgschaft zu entlohnen und konfliktfähige Gruppen an sich zu binden. Ist erst der letzte Hektar einer Großfarm an die Anhänger verteilt, wird sich erweisen, daß eine »gerechte« Landverteilung allein für Entwicklung nicht ausreicht – zumal der simbabwische Staat nicht mehr über die Mittel verfügt, um über Anschubinvestitionen, Ausbildung und andere Vorleistungen die Bewirtschaftung des umverteilten Landes produktiv zu machen. Es ist gut vorstellbar, daß sich Frustration und Aggression der Kriegsveteranen und Jugendmilizen dann gegen das Regime richten.

Die Position Mugabes könnte darüber hinaus durch wachsenden Widerstand in der Regierungspartei unterminiert werden. In den vergangenen Jahren ist der Unmut über die Absolutheit des Machtanspruchs Mugabes gewachsen. Einige innerparteiliche Dissidenten haben stillschweigend auf einen Sieg der Opposition gehofft und deshalb noch nicht die offene Konfrontation gewagt. Das könnte sich in Zukunft ändern.

Finden die Dissidenten Unterstützung in unzufriedenen Offizierskreisen, ist ein Militärputsch nicht völlig auszuschließen.

Die von außen an die Opposition herangetragene Debatte, mit dem gegenwärtigen Regime eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, ist nur bedingt geeignet, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes zu lösen. Sie wäre nur dann akzeptabel, wenn Mugabe sich darauf einließe, das Präsidentenamt auf ausschließlich zeremonielle Funktionen zu beschränken und die Regierungsführung einem Premierminister zu überlassen, der von der Opposition gestellt würde. Die Regierung der nationalen Einheit müßte ihre Hauptaufgabe in der rechtsstaatlichen Lösung der Landfrage und der Organisation von baldigen Neuwahlen sehen. Abgesehen davon, daß ein solches Arrangement eine Verfassungsänderung voraussetzt, lassen sich in den Ereignissen der vergangenen zwei Jahre keinerlei Anzeichen dafür finden, daß Mugabe eine derartige Lösung akzeptieren würde.

#### **Folgerungen für die internationale Politik**

Mugabes Wahlsieg hat die Nachbarstaaten vor eine unangenehme Situation gestellt. Bisher konnten sie eine Neubestimmung ihrer Haltung gegenüber dem Regime mit dem Verweis darauf verweigern, erste Nachbarspflicht sei es, einen friedlichen Verlauf der Wahlen zu gewährleisten. Nach westlichem Ermessen können sie nach den Wahlen kaum die Augen davor verschließen, daß der Wahlsieg Mugabes allein durch Manipulation und Repression erkaufte wurde. Der Tenor der Wahlbeobachter von OAU und SADC lautete jedoch, daß die Wahlen zwar nicht perfekt, aber frei und fair genug waren, um den Willen des Volkes widerzuspiegeln. Das reicht als Begründung aus, um Mugabe als legitimen Präsidenten anzuerkennen. Einige afrikanische Regierungen drängen gegenwärtig die simbabwischen Konfliktparteien zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit. Es ist kaum zu erwarten, daß sich Mugabe auf ein für die

Opposition akzeptables Arrangement einläßt (siehe oben), wenn dieses Drängen nicht von politischen Drohungen und wirtschaftlichem Druck unterstützt wird. Die Suspendierung Simbabwe vom Commonwealth für ein Jahr ist ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung. Ohne Druck aus Afrika wird Mugabe mit seiner bisherigen Politik fortzufahren versuchen. Sie bedeutet einen eklatanten Verstoß gegen die im SADC-Vertrag und NEPAD-Dokument [New Partnership for African Development] festgeschriebene Selbstverpflichtung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Partizipation zu respektieren und zu fördern. Nicht nur der politische Schaden einer solchen Haltung, sondern auch ihre wirtschaftlichen Folgen für die Region werden enorm sein.

Vor allem diese regionalen Auswirkungen sind es, die eine entschlossene Haltung Europas und der USA gegenüber dem simbabwischen Regime notwendig machen. Katastrophal wäre eine Politik des kurzen Gedächtnisses, das heißt die Wiederaufnahme der vollen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit nach einer kurzen Schamfrist und nach ersten Signalen der simbabwischen Regierung, zu einer Politik der wirtschaftlichen Strukturanpassung zurückkehren zu wollen. Für Simbabwe wäre dies gleichbedeutend mit einem Schrecken-ohne-Ende-Szenario. Allerdings kann auch ein Ende mit Schrecken, das heißt eine nachdrückliche Ermutigung der Opposition zum entschlossenen Widerstand gegen das Regime, keine Zielvorgabe für die Politik der Gebergemeinschaft sein.

Deshalb gibt es kaum eine Alternative zur Fortführung und zum Ausbau des bisherigen Ansatzes. Das bedeutet:

- ▶ *Beibehaltung der »smart sanctions« bei gleichzeitiger Ausdehnung des davon betroffenen Personenkreises.* Dies könnte Personen aus der zweiten Reihe der Regierungspartei zu entschlossenerem Widerstand gegen Mugabe ermuntern.
- ▶ *Aufrechterhaltung und Intensivierung der Unterstützung für die Opposition und die Zivilgesellschaft.* Im Falle Deutschlands

bedeutet dies eine verstärkte direkte Förderung der Arbeit der politischen Stiftungen in Simbabwe.

- ▶ *Bemühungen um eine kohärente Haltung der EU-Mitgliedsländer und der USA gegenüber Simbabwe.* Insbesondere Frankreich und Belgien sollten auf eine einheitliche Linie verpflichtet werden. Im Austausch könnte sich die EU verstärkt bei der Lösung des Kongokonflikts engagieren.

Der wichtigste Hebel, um das Regime Mugabe unter Druck zu setzen, liegt allerdings auf der regionalen und kontinentalen Ebene. Die EU bzw. die G8-Staaten sollten mit allem Nachdruck deutlich machen, daß es keine Grundlage für besondere und vertiefte Beziehungen zwischen der EU und der SADC und für eine signifikante materielle Unterstützung der NEPAD gibt, wenn die Unterzeichnerstaaten des SADC-Vertrages und die Träger der NEPAD-Initiative, die in diesen Dokumenten eingegangenen Verpflichtungen zum Schutz von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sowie zur Wahrung demokratischer Standards mißachten.

Allerdings gilt es eines zu beachten: Einer derart gestalteten Simbabwe-Politik fehlt die Glaubwürdigkeit, wenn die Gebergemeinschaft darauf verzichtet, entsprechenden Druck auf Regime auszuüben, die es ebenfalls an Respekt für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat mangeln lassen. Insbesondere die enge Zusammenarbeit der USA, Großbritanniens und Deutschlands mit Uganda und Ruanda, die beide in einem Nachbarland Krieg führen, dieses ausplündern und dort massive Menschenrechtsverletzungen begehen, hinterläßt in Afrika den Eindruck, die Geber würden mit zweierlei Maß messen. Die Empfindung, Simbabwe erfreue sich nur deshalb der besonderen Aufmerksamkeit der USA und Europas, weil es dort eine substantielle weiße Minderheit gebe und weil Mugabe es wage, massive Kritik an den Gebern zu üben, birgt das Potential für eine tiefgreifende und anhaltende Entfremdung zwischen afrikanischen und europäischen Regierungen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept  
Gorbach Büro für Gestaltung und Realisierung  
Buchendorf